

Der sozialistische **kämpfer**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 9/10

September/Oktober 1991

5 Schilling

Zeit für eine Neuorientierung der SPÖ-Politik

Nach dem herbstlichen Reigen der Landtagswahlen in der Steiermark, in Oberösterreich und zuletzt in Wien ist Zeit zu einer politischen Bilanz, ehe der Wahlkampf für die Bundespräsidentenwahl in seine heiße Phase eintritt. Die Bilanz ist für uns Sozialdemokraten nicht erfreulich und muß Anlaß geben zu einer Neuorientierung der Politik. Denn bei dem Wählerzulauf zur Haider-FPÖ handelt es sich nicht um ein Naturphänomen, wie etwa eine Lawine oder eine Flutwelle, sondern um ein politisches Phänomen, das eine politische Antwort erfordert.

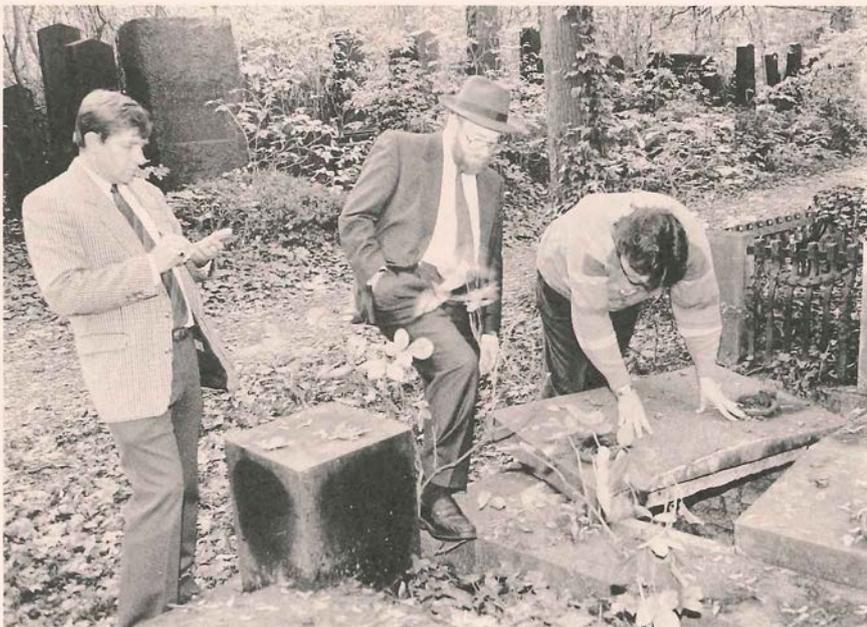
Was not tut, das sind mutige und glaubwürdige politische Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Die SPÖ wird sich dabei mehr als in den letzten Jahren an ihren Grundwerten orientieren müssen, wenn sie bei den Menschen wieder an Vertrauen gewinnen möchte. Gerade die im Wiener Wahlkampf so sehr aufgeschaukelte Ausländerfrage zeigt, wie sozialdemokratische Politik nicht gemacht werden darf. Dazu ein paar Zeilen aus einem Brief, den ein

Wähler in einem Wahlsprengel in Wien-Magareten in sein Wahlkuvert gelegt hat: „Sozialistisch zu wählen, war bis vor einiger Zeit noch okay. Äußerungen von Spitzenfunktionären der letzten Zeit (,das Boot ist voll‘, ,Grenzschutztruppe des Innenministeriums‘ usw.) sprechen aber jetzt deutlich dagegen.“ Dieser Wähler entschied sich für „Grün“, viele Wähler aber werden in der völlig verfehlten Ausländerpolitik der Koalitionsregierung eine Bestätigung der Demagogie

der FPÖ gesehen und gleich den Freiheitlichen die Stimme gegeben haben.

Die FPÖ ist am besten mit den Worten des deutschen Rechtsextremismusforschers Prof. Wilhelm Heitmeyer charakterisiert, der in einem Interview in der Hamburger „Zeit“ gemeint hat, in Deutschland könne man „derzeit noch froh sein, daß es keine rechtspopulistische ‚Brückenpartei‘ zum rechtsextremen Lager gibt“, die rechtsextreme Entwicklungen „bündeln kann“. Genau das gelingt der FPÖ: Sie sammelt nicht nur Proteststimmen, sondern bietet sich auch als Sammelbecken für all jene an, die in der Anonymität der Wahlzelle ihre Gesinnung zum Ausdruck bringen wollen. Ein Licht auf diese in Teilen der österreichischen Bevölkerung herrschende Gesinnung wird von Untersuchungsergebnissen geworfen, wie wir sie auch in dieser Ausgabe veröffentlichen (siehe Seite 5).

Friedhofschändungen in Wien



Erschüttert steht Oberrabbiner Paul Chaim-Eisenberg (Mitte) vor einer der geschändeten Gräfte im jüdischen Teil des Zentralfriedhofs in Wien (Foto: CCS). Siehe Artikel auf Seite 5.

Die SPÖ muß nicht nur ihre Politik an ihren Grundwerten neu orientieren, sie muß auch den Blick voraus werfen auf die Bundespräsidentenwahl im kommenden Frühjahr. Die Nominierung von Verkehrsminister Dr. Rudolf Streicher zum Bundespräsidenten-Kandidaten der SPÖ kann als Ausdruck einer solchen Neuorientierung gesehen werden. Genosse Streicher erwarb sich mit seiner umweltfreundlichen Politik Ansehen weit über die Reihen der SPÖ hinaus. Rudolf Streicher ist der geeignete Mann, um das Amt des Bundespräsidenten mit neuem Ansehen zu erfüllen. Das ist notwendig, weil dieses höchste Staatsamt durch Kurt Waldheim abgewertet wurde. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß zuletzt sogar die Notwendigkeit des Bundespräsidenten-Amtes öffentlich in Frage gestellt wurde. Wir Sozialdemokraten stehen zum Amt des Bundespräsidenten als einer wichtigen Einrichtung unserer Bundesverfassung. Dieses Amt lag bei den von der SPÖ nominierten Bundespräsidenten stets in guten Händen. 1992 haben wir die Chance, das Amt des Bundespräsidenten wieder in gute Hände zu legen. Die Wahl Dr. Rudolf Streichers zum Bundespräsidenten wäre darüber hinaus ein Signal zu neuem Aufbruch. H. W.



Rechtsextremismus in der BRD: Hoyerswerda und dann?

Am 17. September 1991 kam es im sächsischen Hoyerswerda, also in einem der „neuen“ Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, zu ersten Ausschreitungen gegen Ausländer. Bis in den Oktober hinein verging kaum ein Tag, an dem nicht Terroranschläge gegen Ausländerwohnheime durchgeführt wurden. In Bremen erreichte der Erfolg der rechtsradikalen „Deutschen Volksunion“ (DVU) bei der Landtagswahl, wo sie 6,2 Prozent der Stimmen erhielt, besorgte Aufmerksamkeit: Deutschland ein Jahr nach der Einheit ein Hort für Rechtsradikale, Ausländerhasser, Neonazis, Skinheads und rechtsextreme Terroristen?

Das Aufkommen des deutschen Rechtsextremismus wird vielfach mit der Asylfrage in Zusammenhang gebracht, die in Deutschland zu heftigen Debatten geführt hat. Tatsächlich sah sich Deutschland Ende September 1991 nahezu 170.000 Asylbewerbern gegenüber, die zum größten Teil aus Jugoslawien, Rumänien und der Türkei stammten. Der Professor für Kindheits- und Jugendforschung der Universität Bielefeld, **Wilhelm Heitmayer**, der auch durch Studien über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekannt geworden ist, warnt davor, in der Asyldebatte Ursache und Wirkung zu vertauschen: „In der Asyldebatte werden durchwegs Ursache und Wirkung vertauscht. Sicher hat die Zuwanderung von Asylbewerbern zur Eskalation beigetragen. Aber man kann den Rechts- extremismus nicht dadurch zurückdrän-

gen, daß man seine Opfer verjagt. Dann wird der Asylant eben durch ein neues Feindbild ersetzt.“ (Der Spiegel, 41/ 1991.)

Der Schwerpunkt der deutschen Ausländerfeindlichkeit schien sich auf die neuen Bundesländer, also auf das Gebiet der ehemaligen DDR, zu konzentrieren. Hoyerswerda steht dafür als Schlagwort, Dresden und Cottbus gelten als Zentren des neuen Rechtsextremismus. Der Leiter der Abteilung Staatsschutz im Gemeinsamen Landeskriminalamt der neuen Länder (GLKA), Kriminaloberrat **Bernd Wagner**, gab in einem Interview folgende Zahlen an: „Es gibt schon fast eine Regel: Wenn man sich Städte zwischen 20.000 bis 80.000 Bewohner ansieht, so findet man meist 30 bis 60 Rechtsextremisten. Wenn man das hochrechnet, kommt man auf eine recht kräftige Zahl. Ich

schätze die Gesamtzahl der rechts- extremistisch orientierten Gewalttäter daher auf 10.000 bis 15.000 Personen.“ (Blick nach rechts, Bonn, Nr. 22 vom 21. Oktober 1991). Professor Heitmayer verweist in seinem „Spiegel“-Interview auf Unterschiede zwischen Ost und West: „Im Westen (Deutschlands, die Red.) hat es, vor allem durch die Republikaner, eine gewisse Modernisierung der rechten Szene gegeben. Der verdeckte Extremist von heute spricht nicht mehr von minderwertigen Rassen, sondern von Homogenität, kultureller Differenz und nationaler Identität. Es geht eben etwas raffinierter, aber nicht weniger brutal zu als im Osten (Deutschlands, die Red.) – eine Entwicklung, die alle Gruppen der Bevölkerung und nicht nur die klassisch Unterprivilegierten erfaßt hat.“

Die österreichischen Demokraten und Antifaschisten können über die Entwicklung in Deutschland nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Einerseits gibt es zahlreiche Querverbindungen zwischen der deutschen und der österreichischen Rechtsextremistenszene, andererseits neigen Entwicklungen in Deutschland dazu, früher oder später nach Österreich überzuschwappen. Angesichts der bestehenden Querverbindungen ist damit eher früher zu rechnen. **Der antifaschistische Kampf ist nicht zu Ende, vielmehr ist heute wieder verstärkte Wachsamkeit gegenüber der Gefahr von rechts geboten.**

Haider und die NS-Beschäftigungspolitik

Haider's Äußerung im Kärntner Landtag, im Dritten Reich sei eine „ordentliche Beschäftigungspolitik“ betrieben worden, hatte nicht nur zu seiner Abwahl als Kärntner Landeshauptmann geführt, sondern war auch Anlaß zu einer Strafanzeige wegen des Verdachts der nationalsozialistischen Widerbetätigung gewesen. Diese Anzeige wurde nunmehr nach viermonatigem Prüfungsverfahren von der Staatsanwaltschaft Klagenfurt in Übereinstimmung mit der Oberstaatsanwaltschaft Graz zurückgelegt. Als Begründung wurde angegeben, es sei Haider nicht nachzuweisen gewesen, mit dieser Äußerung nationalsozialistische Propaganda betreiben zu wollen.

Streng juristisch gesehen ist die Staatsanwaltschaft sicherlich im Recht. Müssen doch bei der Verwirklichung eines Deliktes nach Verbotsgesetz sowohl die objektive Tatseite – also eine tatsächliche Verharmlosung des NS-Regimes – als auch die subjektive Tatseite – also die Absicht des Täters, eine solche Verharmlosung zu betreiben – nachgewiesen werden.

Doch abgesehen von juristischen Überlegungen hat diese Zurücklegung durchaus politische Konsequenzen. Haider selbst bekräftigte in den letzten Wochen mehrfach, zuletzt bei einer

Wahlkundgebung am Schwedenplatz in Wien am 29. Oktober, mit dieser Äußerung nur endlich einmal die Wahrheit gesagt zu haben, wofür er politisch bestraft worden sei. Damit liebäugelt er zielsicher mit den in der Bevölkerung leider nach wie vor verbreiteten Resten nationalsozialistischen Gedankenguts und trägt dazu bei, solche Äußerungen ebenso wieder salonfähig zu machen, wie es 1986 mit dem Antisemitismus geschehen ist.

Wären alle jene, die den verfassungsmäßigen Auftrag zur antifaschistischen Grundhaltung Österreichs ernst nehmen, über den Freispruch des Vorarlberger Neonazis Ochsenberger 1989 bereits entsetzt, ist der Fall Haider ungleich bedenklicher. Ochsenberger erreicht trotz seiner unverhüllt aggressiven Propaganda nur ein begrenztes Publikum, während Haider eine deutlich größere Breitenwirkung erzielt. Wenn gleich seine Äußerungen nicht so radikal und deutlich sind, wirken sie der zeitgeschichtlichen Aufklärung und den Bemühungen zur Vermittlung der geschichtlichen Realität diametral entgegen. Verharmloser des nationalsozialistischen Terrorregimes sehen sich durch diese wiederholten Äußerungen eines Spitzenpolitikers bestätigt.

9. Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

11. bis 17. April 1992

11. April: Vorbereitungsseminar
12. April: Vorbereitungsseminar
13. April: Abreise nach Auschwitz/Oświęcim
14. April: Besichtigung von Auschwitz I
Besichtigung von Birkenau
15. April: Einführung in das Archiv
Besuch der Kunstaussstellung
16. April: Stadtbesichtigung Krakau
(Besuch der jüdischen Gemeinde)
17. April: Rückkehr

Die Fahrt wird voraussichtlich öS 4000,- kosten.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Reinhold Gärtner
Gesellschaft für politische Aufklärung
Innrain 52, 6020 Innsbruck,
Tel. 0 51 2/507-3099, FAX 0 51 2/507-30 81



Was kann Karl Marx dafür?

Die Verfälschung des marxistischen Denkens, des Sozialismus und der Demokratie hat die internationale Arbeiterbewegung geschwächt und durch die Gleichsetzungsdemagogie der Spätkapitalisten die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften um Jahrzehnte zurückgeworfen. Das Bürgertum bekämpfte zwar den Bolschewismus, aber warf die Verfälschung des Sozialismus durch die Kommunisten der Sozialdemokratie auf den Kopf.

In unseren Tagen erlebten wir es wieder, wie in Wahlkämpfen diese Praktiken erneut angewendet wurden. Einer dieser Vertreter sagte, es müsse „mit dem roten Koloß im Osten auch der rote Koloß des roten Wien stürzen“. Dasselbe Schindluder wird mit dem wissenschaftlichen Marxismus und der Person des Karl Marx getrieben. Sicher hat sich Karl Marx ob der Verfälschung des Marxismus durch die Bolschewiki „im Grabe umgedreht“. Wenn Karl Marx in unserer Zeit gelebt hätte, so hätte er den bürgerlichen Demagogen die Antwort gegeben mit seiner messerscharfen Logik.

Schon hört man vereinzelte Stimmen, man solle in Wien den Karl-Marx-Hof umbenennen. Bedenklich ist es, wenn auch in der Arbeiterbewegung solche Stimmen gelegentlich auftauchen. Diese Leute haben sicher nicht den Marxismus als Wissenschaft studiert, sondern übernehmen solche Argumente aus der Küche von Massenblättern, die unterschwellig die Demagogie des Bürgertums und gelegentlich auch faschistische Tendenzen verbreiten. Was kann Karl Marx dafür, daß er verfälscht wurde? Daß er posthum vom Bürgertum verleumdet wird? Paradox ist es, daß vieles, was Karl Marx lehrte, in die Wissenschaft eingegangen ist, aber die bürgerlichen Wissenschaftler den Namen von Karl Marx nicht nennen.

Verfälschung des Marxismus

Die Verfälschung des wissenschaftlichen Marxismus beginnt dort, wo man aus der Komplexheit des Lehrgebäudes von Karl Marx einen Aspekt herausgreift und dann darauf falsche Lehren aufbaut. Schon allein, daß der russische Kommunismus glaubte, eine ganze Periode – den Kapitalismus – zu überspringen, war eine Sünde wider die gesellschaftliche Entwicklung. Der gesellschaftlichen Entwicklung liegt die von Karl Marx entdeckte Dialektik zugrunde (These-Antithese-Synthese). Diese Abhandlung soll kurz sein, und es kann daher auf komplizierte Zusammenhänge nicht eingegangen werden. Durch die Außerachtlassung des dreischrittlichen dialektischen Prozesses in der kommunistischen Betrachtung mußte der Marxismus in einem zweisechrittlichen Hin und Her von These und Antithese erstarren, zu einem Dogma, einer Art unwissenschaftlichen Ersatzreligion werden.

Dieser verfälschte Marxismus hat nicht berücksichtigt, daß auch die Begriffe diesem dreischrittlichen dialektischen Wandel unterliegen. Das mußte schließlich bei der Anwendung der Verfälschung zu einer Despotie in der Praxis führen. Die „Diktatur des Proletariats“ wurde zu einer Diktatur über das Volk. Wir erleben heute, da sich dadurch die Kluft zwischen oben und unten ins Immense steigerte, den Zusammenbruch dieses Irrtums.

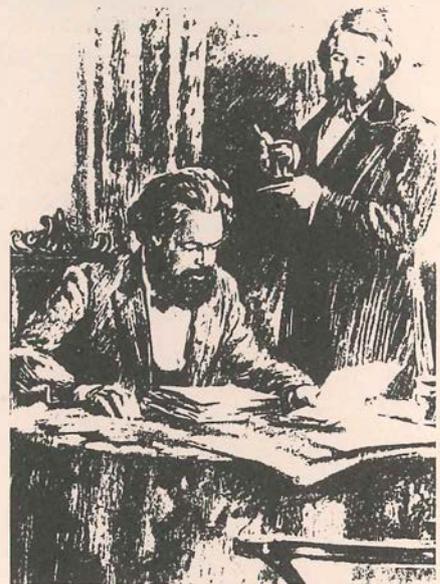
Die Geschichte kehrt von Zeit zu Zeit dorthin wieder zurück, wo sich die Menschen gegen die gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit der Gesellschaft arg verständig und versucht zu korrigieren. Freilich ramponiert, je nach dem Grad der Verirrung. Die Beseitigung der Verirrung in Theorie und Praxis wird noch ein langer Weg sein.

„Karl Marx lebt weiter“

Interessant ist, was Karl Renner, einer der Begründer des Austromarxismus, 1913, 30 Jahre nach dem Tode von Karl Marx schrieb: „Wie oft wurde Karl Marx totgesagt? Das Gesagte wurde zu einer Eintagsfliege der bürgerlichen Literaten.“ Das erinnert an das Geplausche mancher Journalisten von heute, die vom wissenschaftlichen Marxismus keine Ahnung haben. Karl Renner setzte fort: „Karl Marx lebt weiter und ist frisch wie am ersten Tag. Vieles, was Karl Marx gelehrt hat, ist als Geisteschatz vieler Völker eingegangen. Vieles gilt heute als selbstverständlich. Vieles ist im denkenden Proletariat in die Praxis eingegangen, ist zur Maxime des Massenhandelns und Denkens geworden, ohne daß man an den Ursprung denkt und den Namen Marx erwähnt.“

Die Bolschewisten erwiesen sich als große Marxtöter, als sie aus dem großen marxistischen Gedankengebäude das herausnahmen, was ihnen in den Kram paßte, um die Diktatur über das Volk zu begründen. Die russische Gesellschaftsbetrachtung muß jetzt dorthin zurückkehren, wo die Verfälschung begann.

Die Konservativen tendieren heute zum alten Manchester-Liberalismus der Ausbeutung. Sie nehmen die Verfälschung des wissenschaftlichen Marxismus als Waffe gegen die Sozialdemokratie. Die Schlagwortargumente der Kommunisten von heute liefern ihnen die Munition, obwohl sie wissen müßten, daß die russische Version des Mar-



Karl Marx und Friedrich Engels am Vorabend der Revolution 1848

xismus und Sozialismus mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Sie sagen, sie haben beide als Vater den Karl Marx. Man kann auch die Absichten des eigenen Vaters verfälschen. Traurig ist es, wenn auch bürgerliche Wissenschaftler da mitmachen. Auf lange Sicht wird das zu Widersprüchen führen. Richard Friedenthal hat recht, wenn er schreibt: „Das Bürgertum, das Kapital, hat mit den Waffen, die es einst gegen den Feudalismus kehren konnte (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), nun sich selbst die Waffen geschmiedet für den eigenen Untergang.“

„Die Welt verändern“

Wer Karl Marx richtig verstehen will, muß erkennen, wo er Tendenzen aufstellt aus der Kritik des Kapitalismus heraus für die Zukunft und wo er für die unmittelbare, seine, Zeit als Politiker schreibt. Eine seiner epochemachenden wissenschaftlichen Erkenntnisse lautet: „Die bisherigen Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt darauf an, die Welt zu verändern...“ Die Sozialdemokratie hat das befolgt und so dem Fortschritt gedient und sich im Austromarxismus ihre Ideologie geschaffen.

Die Methode, mit der Karl Marx die Gesellschaft interpretiert (These-Antithese-Synthese), hat sich längst an den Universitäten durchgesetzt, ohne Karl Marx zu erwähnen. In einem bestimmten Moment wird die Synthese wieder zur These, und in diesem Dreischritt vollzieht sich die Weiterentwicklung. Das, was in der Biologie vor sich geht,

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

geht nach gleichen Gesetzen in der Gesellschaft vor. Was Karl Marx in seinen Tendenzen aufzeigt, muß heute noch in der Dritten Welt verwirklicht werden. Sicher irrt sich so mancher Wissenschaftler oft im Zeitmaß, denn was in seinem Kopf fertig ist, muß erst ins Bewußtsein der Massen dringen. Doch Karl Marx wurde hier von Friedrich Engels korrigiert. Die echten Schüler eines Karl Marx haben auch aus Irrtümern gelernt. Karl Marx sieht in der Geschichte nicht nur die Revolution, sondern auch die dazwischen liegende Evolution.

Wir müssen immer kritisch an Karl Marx herangehen, wie bei jedem Wissenschaftler. Wir müssen von Zeit zu Zeit immer wieder zu den Quellen des Marxismus zurückgehen, um seine Konzeption zu erfassen. In der Ersten Republik taten wir das. Der Verfasser dieser Abhandlung war selbst sechs Jahre lang in einem „Marxistischen Zirkel“. Wir haben uns damals eingehend mit den Werken von Karl Marx befaßt.

Veränderung der Begriffsinhalte

Auch die Veränderung der Inhalte von Begriffen sind in diesem dreischrittlichen Gesellschaftsprozeß zu berücksichtigen. Zur Zeit von Karl Marx war der Begriff **Proletarier** ein anderer, weil die Arbeiterbewegung sich erst ihre Stellung in der Geschichte erkämpfen mußte. Heute hat der Unselbständige mehr zu verlieren als seine Ketten, weil die Sozialdemokratie ein großes Stück sozialer Gerechtigkeit erkämpft hat. Der Proletarier von einst ist zu einer mitbestimmenden Kraft seiner Gesellschaft geworden. Heute kann man das Wort „Proletarier“ wissenschaftlich zwar anwenden, aber in der Praxis ist es fast zu einem Schimpfwort geworden. Dasselbe gilt vom Klassenkampf. Zur Zeit von Karl Marx mußte der „Proletarier“ den Klassenkampf auf Straßenbarrikaden führen, heute verlagert sich, dank der erkämpften Rechte, der Klassenkampf auf den Verhandlungstisch.

Das Wort „Diktatur des Proletariats“ hatte zur Zeit von Karl Marx einen anderen Sinn. Die Anwendung dieses Begriffes in der kommunistischen Welt wurde zu einer Diktatur über das Volk.

Vor einem Titanenwerk

Karl Marx lebte in einer Zeit, wo es erst Ansätze einer Arbeiterbewegung gab. Manches aber, was in den Perspektiven von Karl Marx für die Zukunft aufgezeigt wird, haben Sozialdemokraten verwirklicht. Zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts kämpfte man erst um den richtigen Standort. Man beachte die Auseinandersetzung in der Ersten Internationale (1864 bis 1876), wo Utopisten, Anarchisten, Radikale und Sozialdemokraten miteinander rangen. Schließlich setzten

sich in der zivilisierten Welt die Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften durch. Karl Marx, der unverfälschte, wirkte wie ein Blitz in der Arbeiterbewegung von damals. Renner schrieb 1913 noch: „Unter revolutionären Zuckungen aller Erdteile (am Vorabend des Ersten Weltkrieges), unter Straßentumulten und Geschützdonner tritt unsere junge Generation eben in das große weltgeschichtliche Übergangsstadium ein.“

Freilich waren auch die Sozialdemokraten keine Propheten und konnten nicht ahnen, daß zwischen ihren Aussagen zwei Weltkriege, der Faschismus und Bolschewismus Rückschläge brachten und dazwischen nur kurze Perioden der demokratischen Entwicklung lagen. Heute müssen wir dorthin zurückkehren, wo diese Rückschläge begannen, um das Werk des wissenschaftlichen Sozialismus international zu verwirklichen. Angesichts des Zusammenfließens verschiedener Kulturen zu einer Weltgesellschaft steht uns Sozialdemokraten ein Titanenwerk bevor.

Daher Hände weg vom zeitlosen wissenschaftlichen Marxismus. Karl Renner erkannte den Irrtum momentaner Erfolge im Kapitalismus. Er schrieb: „Die materielle Lage des Arbeiters hat sich vorübergehend verbessert auf Kosten seiner gesellschaftlichen Lage (soziale Gerechtigkeit!). Die Kluft, die den Arbeiter vom Kapitalismus trennt, hat sich vergrößert.“

„De omnibus dubitandum“

Der bekannte deutsche Marxismus-Forscher Prof. Iring Fetscher berichtete Anfang September 1991 in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 37 vom 6. September) über Bemühungen der Anfang 1990 in Amsterdam gegründeten Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES), die Fortführung der auf 130 Bände angelegten Marx-Engels-Gesamtangabe (MEGA) zu sichern. Diesem Bemühen soll im Frühjahr 1992 eine Konferenz in Aix-en-Provence in Frankreich gewidmet sein. Prof. Fetscher in der „Zeit“: „Kein Autor hat früher als Marx die naturzerstörenden Konsequenzen einer ungebändigten industriellen Expansion erkannt und keiner das psychische Elend entfremdeter Arbeit eindringlicher beschrieben. Es wäre leichtfertig, wenn wir uns durch das Scheitern des feudalen Staatssozialismus dazu bringen ließen, diese Kritik zu vergessen. Man sollte das Motto beherzigen, das Marx 1867 auf dem ‚Fragebogen‘ seiner Tochter Jenny als das seine angegeben hat: ‚De omnibus dubitandum‘ (An allem ist zu zweifeln). Das war im gleichen Jahr, in dem der erste Band des ‚Kapitals‘ erschien.“

Der Austromarxismus

Der Austromarxismus, der im kritisch denkenden Arbeiter lebendig ist, war schon in seiner Personifizierung (Renner-Bauer-Adler) geeignet, die Fortführung des wissenschaftlichen Marxismus zu bewerkstelligen. Er folgte mit seiner methodischen Dreischritttheorie eben der Fortentwicklung des Marxismus. Es beginnt jetzt auch in der russischen Soziologie und Historiographie zu dämmern.

Ich komme eben von der alljährlich stattfindenden Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, die heuer im Bildungsheim Jägermayerhof in Linz 170 Historiker aus aller Welt (Ost und West) vereinte und an der ich seit ihrer Gründung als Interpret teilnehmen durfte. Hier hat sich ein Forum gebildet, das sich seit Anbeginn in Referaten und heißen Debatten auch mit dem wissenschaftlichen Marxismus befaßt. Bei diesem großartigen Symposium hat sich die Linie der Sozialdemokraten, der Freien Gewerkschaften, ein dialektischer Prozeß durchgesetzt. Besonders interessant und erfreulich fand ich das Referat des russischen Historikers Dimitri Mironow („Das Problem des Austromarxismus in der historischen Wissenschaft“). Er schreibt in seinem schriftlichen Beitrag:

„Im Gepäck der Sozialdemokraten und Kommunisten in Rußland kann man die Elemente des Austromarxismus treffen . . . Die Sicherung der theoretischen und praktischen Tätigkeit des Austromarxismus . . . ist auch vom Gesichtspunkt der heutigen Suche der UdSSR als Weg zur Lösung unserer aktuellen Probleme zu sehen . . . Dem Austromarxismus hat Österreich ein reifes Klassenbewußtsein des Proletariats mit seiner mächtigen Tradition und seiner guten Organisiertheit im Zusammenhang seiner weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie, Entfaltung der Demokratie zur (sozialen) Ökonomie, zu danken. Viel ist durch den Austromarxismus zur Entfaltung des wissenschaftlichen Marxismus getan worden. Der Austromarxismus wurde in Rußland als antimarxistisch gebrandmarkt. Heute aber wird der Austromarxismus ganz anders aufgenommen. Es ist höchste Zeit, den Schandfleck vom Austromarxismus zu tilgen.“

Dazu kann man nur Amen sagen. So wird versucht, der Praxis der Perestroika eines Gorbatschow die richtige ideologische Grundlage zu geben. Indem man die Verfälschung einsieht und dorthin zurückkehrt, wo diese begonnen hat, hat Karl Renner, hat der Austromarxismus über die Zeit hinaus recht behalten: **Der wissenschaftliche Marxismus ist nicht tot, er lebt trotz den Verfälschern und bürgerlichen Begriffskrüppeln.**

Prof. Willi Krula



„Juden sind an ihrer Verfolgung selber schuld“

Besorgniserregende Ergebnisse einer Repräsentativumfrage

Eine im Auftrag des American Jewish Committee vom Österreichischen Gallup-Institut an 2.000, für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Personen, durchgeführten Befragung zeigt in besorgniserregender Weise, daß 20 bis 30 Prozent der österreichischen Bevölkerung negative Einstellungen gegenüber Fremden wie auch Juden haben. Des Weiteren zeigen sich diese Prozentanteile auch, wenn es darum geht, andere Dinge im Zusammenhang mit Juden zu betrachten, einschließlich der Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg und die Affäre Waldheim.

Die negative Einstellung gegenüber Juden ist in Österreich allerdings zum Teil deutlich weniger stark ausgeprägt als gegenüber anderen Gruppen in der Gesellschaft (Zigeunern, Türken, Serben...).

Innerhalb der Gesamtbevölkerung gibt es dabei einige bedeutsame Unterschiede zwischen den einzelnen Subgruppen: positiv fällt dabei auf, daß vor allem junge Personen sowie die besser Ausgebildeten deutlich weniger negative Einstellungen zu Fremden wie auch Juden zeigen.

Juden in Österreich

50 Prozent der Befragten glauben, daß die Juden zumindest zum Teil an ihrer eigenen Verfolgung schuld sind, weitere 28 Prozent sind hier unentschieden. 39 Prozent glauben, daß die Juden im Zug der Geschichte sehr viel Schaden angerichtet haben.

37 Prozent der Österreicher glauben, daß die Juden zu viel Einfluß auf das Weltgeschehen haben, und 28 Prozent glauben, daß sie zu viel Einfluß in der österreichischen Gesellschaft haben.

Weiters glauben 19 Prozent, daß es besser für Österreich wäre, keine Juden im Land zu haben. 31 Prozent der Befragten behaupten, daß die meisten Österreicher Juden ablehnen, aber nur 14 Prozent behaupten das von sich selbst.

Rechte von Juden

Eine Reihe von Fragen berührte Rechte der Juden in der Gesellschaft. 20 Prozent der Befragten glauben, daß der Zutritt von Juden in einflußreiche Positionen kontrolliert und beschränkt werden sollte, und weitere 27 Prozent gaben hier keine Antwort.

13 Prozent denken, daß Wohnungsvermieter und Hausbesitzer das Recht haben sollten, Juden abzulehnen, weitere 29 Prozent gaben hier keine Antwort.

Schließlich glauben 15 Prozent, daß Vermögensbildung und Landankauf für österreichische Juden vom Gesetz her beschränkt werden sollte, hier haben 31 Prozent nicht geantwortet.

Juden als Nachbarn

Aus einer Reihe von mehr persön-

lichen Fragestellungen antworteten 31 Prozent der Österreicher, sie würden es vorziehen, keine Juden als Nachbarn zu haben. Zwar behaupten nur 6 Prozent, daß es sie körperlich abstoßen würde, einem Juden die Hand zu geben, aber immerhin 37 Prozent können sich nicht entscheiden, ob sie dieser Aussage zustimmen oder sie ablehnen.

Zionismus und Nahostkonflikt

Konfrontiert mit der Aussage: „Zionismus ist Rassismus“ meinten 25 Prozent, daß sie dieser Aussage zustimmen würden, 40 Prozent waren sich nicht sicher.

Wenige Österreicher fühlen Sympathie für Israel in seinen Konflikten mit den arabischen Nationen und den Palästinensern (jeweils 11 Prozent), während ähnliche Prozentsätze Sympathie gegenüber den arabischen Nationen (9 Prozent) und den Palästinensern (13 Prozent) ausdrücken.

Weiters ist noch die Tatsache interessant, daß 43 Prozent der Befragten glauben, daß die Israelis die Palästinenser grundsätzlich nicht anders behandeln, als die Deutschen die Juden behandelt hätten.

Friedhofschändungen in Wien

„Am Judenfriedhof ist viel Land umbrochen und Sarg um Sarg kommt, und die Sonne scheint.

Der Pfleger sagt: So geht es schon seit Wochen.

Ein Kind hascht Falter und ein Alter weint.“

So beginnt das Gedicht „Begräbnis meines Vaters“, geschrieben von Erich Fried im Exil zum Andenken an seinen von den braunen Schergen ermordeten Vater nach dem Einmarsch der Nazi-truppen in Österreich 1938. „Haus des Lebens“ oder „Haus der Ewigkeit“ heißen die Friedhöfe in der traditionellen Sprache des Judentums. Das Grab ist nach der jüdischen Religion Eigentum des Toten.

Die jüdischen Abteilungen des Wiener Zentralfriedhofes, deren Zeremonienhallen im Novemberpogrom 1938

Holocaust und Weltkrieg

53 Prozent der Befragten glauben, daß es Zeit ist, die Erinnerung an den Holocaust abzuschließen, und weitere 32 Prozent glauben, daß die Juden den nationalsozialistischen Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen.

Konfrontiert mit der Situation Österreichs im Zweiten Weltkrieg sagen 48 Prozent der Österreicher, daß Österreich den Krieg 1945 auch verloren hat, während 43 Prozent der Ansicht sind, daß Österreich 1945 von den Alliierten befreit wurde.

Außerdem ist die Mehrheit der Befragten (56 Prozent) nicht der Ansicht, daß die österreichische Regierung Nazi-Kriegsverbrecher verfolgen sollte.

Opfer oder Mittäter?

Hinsichtlich der Einstellung zur Rolle, die Österreich während der Zeit der Besetzung von 1939 bis 1945 gespielt hat, gibt es in der Bevölkerung zwei große Tendenzen: 34 Prozent, also ein starkes Drittel der befragten Personen, sind der Ansicht, daß Österreich das erste Opfer der Hitlerdiktatur war.

Andererseits stimmen 39 Prozent der Ansicht zu, daß Österreich als „Mittäter“ auch mitverantwortlich für die Ereignisse bis 1945 war.

Interessant ist, daß hinsichtlich dieser Frage („Opfer oder Mittäter“) seit den letzten Untersuchungen 1987 (vor den Gedenkfeiern) und 1988 (nach den Gedenkfeiern) ein immer deutlicheres (Mit-)Verantwortungsgefühl der Österreicher festzustellen ist (1987: 24 Prozent, 1988: 35 Prozent, 1991: 39 Prozent).

Ziel blinder, fanatisierter Zerstörungswut wurden, wo es zahlreiche Gräber mit Aschenurnen ermordeter Wiener Juden aus Konzentrationslagern gibt und wo ergänzende Angaben auf alten Grabsteinen an die Opfer des Holocaust erinnern, wurden wieder von feigen antisemitischen „Helden“ geschändet.

Waren es früher nazistische Parolen und Symbole, die auf jüdische Grabsteine geschmiert wurden, so sind es heute umgerissene Grabsteine und aufgebrochene Gräfte, die unseren Zorn und unseren Widerstand gegen diese Vandalen entfachen. Ständige Graberschändungen auf dem alten jüdischen Teil des Zentralfriedhofes gehören offenbar schon zur Tagesordnung. Von Jänner bis Anfang September 1991 mußte man etwa dreißig Grabschändungen registrieren. In der Nacht zum

(Fortsetzung auf Seite 6)

West-Sahara: Ein Volk kämpft um seine Freiheit

In der südägyptischen Wüste, im Nordwesten Afrikas, lebt das kleine Volk der Saharais in Flüchtlingslagern und wartet darauf, bald im eigenen Staat leben zu können. Seit dem Abzug der spanischen Kolonialmacht aus der West-Sahara im Jahr 1974 führt das Volk der Saharais einen Freiheitskampf um seine Heimat, ein rund 284.000 Quadratkilometer großes Gebiet am Atlantischen Ozean südlich von Marokko, aus der es von Marokko und Mauretanien vertrieben worden ist. In der Nähe der südägyptischen Stadt Tindouf fanden die aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge eine vorläufige Bleibe.

Der bewaffnete Freiheitskampf wird von der Frente Polisario (Volksfront für die Befreiung von Saguiet el Hamra und Rio de Oro) geführt, die im Februar 1976 ausgerufene Saharaische Demokratische Republik (DARS) wird inzwischen schon von mehr als 75 Staaten anerkannt. Für Anfang 1992 ist eine Volksabstimmung unter dem Schutz der Vereinten Nationen über die Zukunft der West-Sahara vorgesehen. Der „Tag der

internationalen Solidarität“ der SPÖ am 25. Oktober war daher der Solidarität mit den Saharais gewidmet. Bei einer Kundgebung in Wien sprachen stellvertretender SPÖ-Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer und der Erziehungsminister der DARS, Khalil Sidi Mohammed.

Am 6. September 1991 trat der in einem UNO-Friedensplan für die West-Sahara vorgesehene Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente Polisario in Kraft. Dank massiven internationalen Drucks hatten sich die marokkanischen Truppen, die seit dem 21. August eine Großoffensive gegen die von der Frente Polisario gehaltenen Gebiete unternommen hatten, gerade noch rechtzeitig zurückgezogen. Erste Einheiten der MINURSO, der „Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der West-Sahara“, konnten in der West-Sahara Stellung beziehen, nachdem ihnen Marokko mehr als zwei Monate lang die Einreise verweigert hatte. Kurz nach dem 6. September wurde die Absicht der marokkanischen Regierung bekannt, mehr als hunderttausend Bewohner Marokkos kurzfristig in die besetzten Gebiete der West-Sahara umzusiedeln und für sie – im Gegensatz zum Friedensplan der UNO – das Stimmrecht in dem geplanten Referendum zu reklamieren. Da die saharaische Bevölkerung nur rund 300.000 Menschen umfaßt, kann mit dieser Aktion die Volksabstimmung zugunsten Marokkos verfälscht werden, das vor allem an den Mineralien der West-Sahara interessiert ist.

Hier befindet sich etwa eine der größten Lagerstätten der Welt von Phosphat.

In dieser Situation benötigt das bettelarme Volk der Saharais internationale Solidarität. Die SPÖ tritt für diese Solidarität ein und hilft schon seit Jahren diesem Wüstenvolk. So wurden die ersten Schulen in den Flüchtlingslagern bei Tindouf von Österreich gebaut, das dadurch bei den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern einen guten Namen hat, was auch der Erziehungsminister Khalil bei seinem Besuch in Wien bestätigte. Der Bundesparteitag der SPÖ vom Juni 1991 forderte die Partei auf, zu einer Spendenaktion bei Mitgliedern und Funktionären zur Unterstützung der Polisario aufzurufen. Der Nationalrat hat eine Entschließung beschlossen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für eine faire Vorbereitung und Durchführung des Referendums in der West-Sahara einzusetzen.

Die Saharais führen einen Freiheitskampf, der Unterstützung verdient. Im Schatten großer Weltkrisen läuft dieser Freiheitskampf eines kleinen Volkes Gefahr, verdrängt zu werden und in Vergessenheit zu geraten. „Wir haben kein Fernsehen und kein Radio und wir haben keine Fotoapparate, aber wir sind frei“, mit diesen Worten umriß Khalil Sidi Mohammed in Wien die Grundstimmung seines Volkes. Es ist ein Volk, das keine Reichtümer oder Naturschätze will, sondern nur sein Recht, im eigenen Staat frei leben zu können, anstrebt.

(Fortsetzung von Seite 5)

10. Oktober fand ein neuerlicher Vandalenakt statt. „Der Standard“ berichtete am 11. Oktober unter anderem: „So schlimm war's noch nie“, sagt Michael Juva, der als Sozialtherapeut ein Sanierungsprojekt am jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofs leitet. „Acht Ehrengräber entlang der Friedhofsmauer wurden komplett verwüstet. Die Grabsteine wurden zertrümmert, die Särge aufgebrochen, die Gebeine zerstreut, die Totenköpfe weggeschleudert.“

Gegen diesen antisemitischen Vandalismus regte sich breiter Widerstand. So stellte etwa die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich fest: „Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen protestieren wir gegen das laxer Verhalten der Polizei sowohl was die mangelnde Bewachung des jüdischen Teils des Zentralfriedhofs als auch was die Verfolgung der Täter betrifft.“ Tausende empörte Menschen folgten einem Aufruf, unterstützt von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen und politischen Lebens unseres Landes, trotz strömenden Regens und Kälte, zu einem Schweigemarsch vom Judenplatz zum Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz, wo Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka leidenschaftlich gegen diesen antisemitischen Ungeist protestierte.

Die Exekutive ist aufgefordert, gegen die Grabschänder und ihre Untaten, die heute leider schon zum gängigen Repertoire antisemitischer Manifestationen zählen, energisch vorzugehen. Im Sinne unserer Gesetze und in Anwendung unserer demokratischen, humanistischen Gesinnung.

Neue politische Bücher

Lesern der „Arbeiter-Zeitung“ ist **Georg Scheuer** seit langem ein Begriff als Frankreich-Korrespondent. Scheuer wurde 1915 in Wien geboren und schildert nun in einem Buch die ersten dreißig Jahre seines Lebens bis zum Jahr 1945. Im Untertitel seines Buches heißt es, es handle sich um „Szenen aus dem dreißigjährigen Krieg 1915/1945“. Der Titel des Buches ist einer Zeile eines Gedichts von Heinrich Heine entnommen: „Nur Narren fürchten nichts“ (**Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1991, 200 Seiten, 228 Schilling**). Der Leser lernt aus diesem Lebensbericht die politischen Wirrnisse dieser dreißig Jahre in einer sehr persönlichen Darstellung kennen. Der junge Georg Scheuer, dessen Vater zunächst Redakteur des k. k. Telegrafienbüros und dann in der Republik Redakteur der Amtlichen Nachrichtenstelle war, lernte in der Mittelschule Josef Hindels kennen und wurde noch vor seinem 15. Geburtstag Gruppenführer der Roten Falken in der

Josefstadt. Bald wechselte er zum kommunistischen Jugendverband. Unter dem Eindruck der Moskauer Schauprozesse verließ er den KJV und wurde Trotzkist. Als solcher wurde er 1937 gemeinsam mit Gesinnungsfreunden zu einer mehrjährigen Kerkerstrafe verurteilt, im Februar 1938 wurde er nach der von Schuschnigg erlassenen Amnestie freigelassen. Das alles füllt die erste Hälfte des Buches, die zweite Hälfte ist der Flucht und dem zumeist illegalen Aufenthalt in Frankreich gewidmet. Georg Scheuer ist ein spannend zu lesender Lebensbericht gelungen.

*

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien beherrscht seit Monaten die Berichterstattung der Zeitungen, des Radios und des Fernsehens. Dabei fiel eine immer deutlicher werdende Sympathie für die Slowenen und Kroaten auf, während die Serben immer mehr als die „Bösen“ in diesem bitteren Konflikt dargestellt werden. Hier erscheint eine um Objektivität bemühte Darstellung der Hintergründe der aktuellen Krise dringend notwendig. Der langjährige Südosteuropa-Korrespondent der Deutschen Presse- (Fortsetzung auf Seite 7)

Ein Opfer verlorener Zeiten

Zum 100. Geburtstag von Karl Münchreiter

Am 27. September 1991 wäre der Hietzinger Schutzbündler Karl Münchreiter 100 Jahre alt geworden. Am 14. Februar 1934 um 16.41 Uhr wurde der arbeitslose Vater von drei Kindern, schwerverwundet, auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt und hingerichtet.

Die Hietzinger Freiheitskämpfer und Genossinnen und Genossen der Bezirksorganisation sowie viele Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus aus anderen Bezirken kamen am 26. September nach Hietzing auf den Goldmarkplatz zum Karl-Münchreiter-Mahnmal, um Karl Münchreiters zu gedenken. Genosse Ernst Figl, der neben Genossen Karl Harrer Münchreiter am besten kannte, hielt die Gedenkrede. Wenn der Antifaschist Ernst Figl auf der Hietzinger Bezirkskonferenz spricht und auf die Gefahren von rechts hinweist, ist alles still. Genossen Ernst Figl kann man ruhig das Gewissen der Hietzinger Sozialdemokratie nennen. Genosse Figl sagte:

Karl Münchreiter lernte ich vor 60 Jahren, 1931, hier auf dem Goldmarkplatz, hier in dieser Baracke, in welcher Geschichte geschrieben wurde, kennen. Er wohnte mit seiner Familie (zwei schulpflichtige Buben und ein zweijähriges Mädl) da drüben in der Meytensgasse 18.

Das erstmal betrat ich diese „Wohnung“, ein adaptiertes Magazin, Ende Februar 1934, mit Genossen Mondschein, um der Witwe gesammeltes Geld zu überbringen und einige Trost- worte zu stammeln ... Unsere Stimmung, unseren psychischen Zustand und vor allem unsere immer bewußter werdende Ohnmacht damals kann man, wenn überhaupt, nur sehr schwer schildern.

Aber zurück zu dieser Baracke. Diese war das geographische, das politische Zentrum dieses Gebietes und beherbergte alle Organisationen, welche in irgendeinem Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Bewegung standen: die Kinderfreunde mit den Roten Falken, die SAJ (Sozialdemokratische Arbeiter-Jugend), deren Funktionär ich war, die Partei mit den Sektionen 25 und 26, die Naturfreunde und eine Abteilung des Republikanischen Schutzbundes von Hietzing. Die hohen Sektionsnummern erklären sich aus dem Umstand, daß der heutige Bezirk Penzing noch

nicht existierte, sondern ein Teil des Bezirks Hietzing war.

Wir Jungen von der SAJ waren damals, 1931, noch voll Zukunftsglauben und Euphorie. Das große Erlebnis des internationalen sozialistischen Jugendtreffens im Jahr 1929 wirkte noch nach, wir wußten die starke sozialistische Gemeindeverwaltung im Rathaus, deren kolossale Leistungen auf kommunalem Gebiet die Ursache waren, daß Fachleute der ganzen Welt nach Wien pilgerten, nicht nur, um diese Arbeiten zu bewundern, sondern um daraus zu lernen und für ihre Gemeinwesen positiv zu verwerten.

Unter der Führung des Bürgermeisters Karl Seitz waren, um nur einige zu nennen, die Stadträte Prof. Dr. Tandler für Medizin und Wohlfahrt, Glöckel für modernes Schulwesen, Dr. Danneberg – er wurde im Konzentrationslager von den Nazi-Faschisten ermordet – für Verwaltung und Verfassung und, als einer der wichtigsten – Hugo Breitner für das Finanzwesen tätig. Breitner handelte in seinem Ressort wahrhaft „christlich“: Er nahm den Reichen und gab den Armen. Neue Steuern wurden eingeführt, unter anderem auf Champagner, Nachtlokale und der Trabrennplatz wurden besteuert, es gab eine Hausgehilfenabgabe usw. Breitner war damals wohl einer der Gehäßtesten vom politischen Gegner, den ach so „Christlichsozialen“ ...!

Ja, was sollte dieser Stadtverwaltung passieren? So dachten wir und sahen nicht die Gefahren, die langsam, aber stetig, ausgehend vom Börsenkrach 1929 in New York, auch Europa erfaßten, allen voran die sich ausbreitende Arbeitslosigkeit.

Als einige Genossen von der SAJ und auch ich dem Schutzbund beitraten, lernten wir Genossen Karl Münchreiter besser kennen. Und er warnte uns. Er spielte nicht den Lehrer und Besserwisser. Er diskutierte mit uns eher ruhig und zurückhaltend. Er hatte, schon aufgrund seines Geburtsjahrganges, eben wesentlich mehr Lebenserfahrung als wir und erkannte daher die drohenden

Alarmzeichen. Wir müssen das bisher Erkämpfte verteidigen, dann können wir eventuell einen Schritt weitergehen. So lauteten ungefähr seine mahnenden Worte. Und später, viel später, erkannten wir, wie recht er hatte ...! Aber in dieser Baracke gab es noch etwas, etwas für uns so Wertvolles, nämlich eine Leihbücherei. Wir hatten doch kein Geld, um uns Bücher zu kaufen, daher wurde diese Bücherei stark frequentiert. Von uns und auch von Münchreiter.

Geleitet und verwaltet wurde diese von Genossin Steinitz, der Gattin des Rechtsanwaltes Dr. Heinrich Steinitz, der in unzähligen Prozessen die armen Teufel vertrat. In Mietrechts-, Paragraph-144- und in politischen Prozessen. Dr. Steinitz wurde im KZ von den Nazi-Faschisten ermordet. Ein Wohnbau der Gemeinde Wien am Beginn der Auhofstraße (nahe dem Hietzinger Amtshaus) wurde nach ihm benannt.

In dieser Bücherei bekam ich Anfang der dreißiger Jahre das erste Mal einen Gedichtband von Josef Luitpold Stern in die Hand gedrückt. Ein großartiger Dichter, ein Worte-Erfinder, möchte ich sagen und heute, leider, fast vergessen ... Von ihm ist mir ein Gedicht besonders in Erinnerung geblieben, von dem ich glaube, daß es zur Person und zum Schicksal Münchreiters paßt. Ich darf es rezitieren:

Trotziger Abschied

*Wenn das Eisen mich mäht,
wenn mein Atem vergeht,
sollt stumm unterm Rasen mich breiten.
Laßt das Wortegespiel.
's war kein Held, der da fiel,
's war ein Opfer verlorener Zeiten.
's war einer, der nie
nach Völkerblut schrie.
's war ein Bürger erst kommender
Zeiten.*

*Wenn das Eisen mich mäht,
wenn mein Atem vergeht,
sollt stumm unterm Rasen mich breiten.*

Wir konnten Münchreiter nicht stumm unterm Rasen breiten. Das besorgten seine Henker! Bei Nacht und Nebel! Und sie bewachten sein Grab! Auch der tote Münchreiter schien ihnen gefährlich, denn sie hatten ein schlechtes Gewissen ...

(Fortsetzung auf Seite 8)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Mag. Brigitte Bailer-Galanda, Herbert Exenberger, Prof. Willi Krula, Leo Lesjak, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.

(Fortsetzung von Seite 6)

Agentur (dpa) in Belgrad und Wien, **Wolfgang Libal**, geboren 1912 in Prag, hat im **Europaverlag** unter dem Titel „Das Ende Jugoslawiens“ die „Chronik einer Selbstzerstörung“, so der Untertitel, herausgebracht (**Wien 1991, 176 Seiten, 198 Schilling**). In kurzen, leicht lesbaren Kapiteln gibt der Autor einen Überblick über die Geschichte Jugoslawiens von 1918 bis zur Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens am 25. Juni 1991. Nach der Lektüre dieses Buches sieht man die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit anderen Augen.



DVR:0029106(584) 0908677 919
HERRN

SCHWANTNER
DARINGERG.14/25/6
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

Am 12. Februar 1934 wurde von den damaligen Machthabern das Standrecht ausgerufen. Dieses beinhaltete eine Klausel, die besagte, daß bei einer schweren Erkrankung eines zum Tode Verurteilten die Exekution nicht durchgeführt werden darf.

Münichreiter war schwer verwundet. Es gelang nun – so etwas kann nur geschulten „christlichsozialen“ Gehirnen entspringen! – den damals Verantwortlichen, an der Spitze Justizminister Dr. Kurt Schuschnigg, eine schwere Verwundung nicht als schwere Erkrankung im Sinne des Gesetzes anzusehen! Und das Urteil wurde daher an Münichreiter vollstreckt!



**Frohe Weihnachten und
viel Glück im Jahr 1992!**

Oberösterreich

Der Landesvorstand Oberösterreich der Sozialistischen Freiheitskämpfer (Linz, Weißenwolfstraße 5) hat seit 1. November 1991 die **neue Telefonnummer 78 30 88**.

Leoben

Mauthausen-Führungen. Seit dem Jahr 1959 führte unser Ehrenobmann

Fritz Inkret 200 Exkursionen in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen durch. Die Stadtgemeinde Leoben hat schon unter den ehemaligen Bürgermeistern Heindler und Posch und dem jetzigen Bürgermeister Dir. Reinhold Benedek die Exkursionen für alle Hauptschulabgänger zur Unterstützung des zeitgeschichtlichen Unterrichts dadurch ermöglicht, daß die Kosten die Stadtgemeinde getragen hat. Auch die Marktgemeinde St. Michael unterstützt diese Aktionen. Ebenso sind jeweils zwei Klassen der Mittelschule mit Herrn Prof. Samt seit Jahren dabei. „Viele Aufsätze der Schüler über ihre Eindrücke aus Mauthausen haben mich bestärkt, weiterhin Schülern und Erwachsenen die Folgen einer rassistischen, politischen und religiösen Verfolgung nahezubringen“, meint Genosse Inkret. 175 Schulklassen und weitere 25 Exkursionen mit Rentnern, Frauenorganisationen, Eisenbahnern, katholischer und sozialistischer Arbeiterjugend und Parteiorganisationen haben Mauthausen in natura und filmisch gesehen und erlebt. Rund 15.000 Schüler und Erwachsene waren bei den Exkursionen dabei. Die jüngsten Erklärungen von Haider und Konsorten zeigen, wie wichtig es ist, die Verbrechen des damaligen Regimes in Erinnerung zu bringen. Wir glauben, daß Genosse Inkret durch sein unermüdliches Wirken als Exkursionsleiter wesentlich dazu beigetragen hat, daß Millionen gefolterter und ermordeter Menschen niemals vergessen werden.

Baden

Opfer nicht vergessen! In der zweiten Oktoberhälfte besuchte der Landesverband Niederösterreich die Bezirksgruppe Baden. Als Vertreter der Bezirkshauptstadt begrüßte Vizebürgermeister Ing. Julius Böheimer die Teilnehmer aus verschiedenen Orten Niederösterreichs.

Nach einer Kranzniederlegung am jüdischen Friedhof, bei der Landesobmann Lesjak sprach, ging die Fahrt nach Traiskirchen weiter. Hier begrüßte Gemeinderat Gartner. Landesobmann-

stellvertreter Deutsch legte zum Gedenken an die Opfer des Krieges und Faschismus ein Blumengebinde nieder.

In Blumau erwartete die Besucher eine Delegation unter der Führung von Bürgermeister Graber. Sodann gedachte Landesobmannstellvertreter Walter Faderny des von den Nazis hingerichteten sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Eduard Göth, von Beruf Lehrer, der bis 1934 als Lokalobmann in Blumau wirkte.

Im nächsten Ort, Kottlingbrunn, ließ der dortige Parteiohmann Rabacher, ein Angehöriger der jüngeren Generation, die Zuhörer mit seinen treffenden Äußerungen aufhorchen. Namens des Landesverbandes hielt der Wiener Neustädter Bezirksgruppenobmann Erwin Kwech die Gedenkrede.

In Enzesfeld, der letzten Gemeinde in der Besuchskette, empfing Bürgermeister Fangl die Busgruppe im Rathaus. Nach einer ausführlichen Information über die Gemeinde führte er die Teilnehmer zu den Enzesfelder Metallwerken. Unweit der Einfahrt ins Betriebsgelände erinnert ein gepflegtes Denkmal an 12 wegen Widerstand von den Nazis ermordete Werksangehörige. Nationalratsabgeordneter a. D. Alfred Ströer, der als Gewerkschafter mit der Arbeiterschaft eng verbunden war, sprach über die riesigen Verbrechen des Faschismus.

Auch an diesem fünften Gedenkstättenbesuch dieses Tages mahnte ein Blumengebinde mit einer roten Kransschleife und dem Text: Niemals vergessen!

Niederösterreich

Ehrung von Landesfunktionären. In der Landesvorstandssitzung am 5. Oktober wurden Landesverbandsobmann Leo Lesjak (70) und Landesverbandsobmannstellvertreter Ewald Deutsch (65) geehrt.

In Anwesenheit von Vertretern befreundeter Organisationen hielt Bundesobmannstellvertreter Walder Faderny die Laudatio. Namens der Landesparteiorganisation der SPÖ-NÖ. überreichte der 2. Landtagspräsident Alfred Haufek Landesobmann Lesjak die Victor-Adler-Plakette.

Auch Ewald Deutsch, der von 1965 bis 1990 die Kassageschäfte des Landesverbandes besorgte, wurde mit einer Auszeichnung überrascht. Ihm überreichte Bundesobmann Leo Mistingger die Otto-Bauer-Plakette des Bundes.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 11/12 ist der 2. Dezember 1991.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.